

Verfassungstreue der OB-Kandidatin in Zweifel

Initiative „Verfassungstreue prüfen!“ sieht erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue von der OB-Kandidatin Petra Federau und fordert deshalb von der zuständigen Wahlbehörde eine gewissenhafte Überprüfung der Kandidatin.

Schwerin - Am Donnerstag, den 05. Februar 2026, tagt der Wahlausschuss, der über die Zulassung der Kandidierenden zur Oberbürgermeisterwahl entscheidet. Die Initiative „Verfassungstreue prüfen!“ begründet in einem 83-seitigem Dokument die erheblichen Zweifel an der Verfassungstreue der Oberbürgermeisterkandidatin Petra Federau und fordert den Wahlausschuss zu einer gewissenhaften Überprüfung der Kandidatin auf.

Rechtsstaatliches Handeln beginnt nicht mit der Amtseinführung, sondern mit der Haltung zur Öffentlichkeit, zu allen Menschen in unserer Stadt.

Frau Federau bietet dafür keinerlei Gewähr

Grundlage dieser Einschätzung ist eine umfassende Auswertung öffentlich zugänglicher Reden, Social-Media-Beiträge, Demonstrationsteilnahmen und der Tätigkeit in Netzwerken von Petra Federau aus den letzten Jahren. Die Ergebnisse zeigen aus Sicht der Initiative ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, das in zentralen Punkten mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar ist.

Im Einzelnen sind die dabei herausgearbeiteten Kernthemen die Entmenschlichung von Geflüchteten, die Queerfeindlichkeit und Abwertung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, die Beteiligung, Unterstützung und Organisation von rechtsextremen Netzwerken sowie die Verwendung und Verbreitung von verfassungsfeindlichen Konzepten, wie dem „Remigrations“-Konzept.

Kundgebung vor dem Stadthaus

Auch die „Omas gegen Rechts“ und „Schwerin für ALLE“ sehen in der Kandidatur von Petra Federau gerechtfertigte Gründe zum Zweifeln. Am 05. Februar zwischen 14:45 Uhr und 15:45 Uhr appellieren sie bei einer Kundgebung vor dem Stadthaus an den Wahlausschuss die Kandidierenden ordnungsgemäß zu prüfen.

„Verfassungstreue prüfen!“ erklärt dazu: „*Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister stehen für alle Bürgerinnen und Bürger einer Stadt. Wer öffentlich geflüchtete und queere Menschen entmenschlicht, demokratische Institutionen delegitimiert und sich in rechtsextreme Netzwerke einbindet, gibt aus unserer Sicht Anlass zu ernsthaften Zweifeln an der eigenen Verfassungstreue*“

Die Initiative fordert daher eine detaillierte Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen durch den Wahlausschuss, bei der festgestellt werden muss, ob Petra Federau die verfassungsrechtlichen Anforderungen erfüllt, die an Träger:innen eines so hohen kommunalen Amtes gestellt werden.